

Antrag 403/II/2019**Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Ini 03 - Mehr Gerechtigkeit für ALLE Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Berlin****1 Der Landesparteitag möge beschließen:**

2

3 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin die
4 für die Landesbediensteten beschlossenen Vorteile und
5 insbesondere die „Ballungsraumzulage“ auch den Mitar-
6 beitenden der Berliner Hochschulen zuerkennt und diese
7 genauso in den Genuss der vom Senat beschlossenen Zu-
8 lage ab 2020 kommen.

9

10 Die SPD-Mitglieder im Senat und die SPD Fraktion im Ab-
11 geordnetenhaus Berlin werden aufgefordert, dies durch
12 entsprechende gesetzliche bzw. vertragliche Regelungen,
13 Gesellschafterweisungen und Anpassungen in Vereinba-
14 rungen sowie erforderliche Beschlüsse durchzusetzen.
15 Dies muss auch für andere betroffene Bereiche sowie out-
16 gesourcte Betriebsteile gelten.“

17

18 Begründung

19 Die etwa 25.000 Beschäftigten der staatlichen Hochschu-
20 len, Fachhochschulen und künstlerischen Hochschulen in
21 Berlin erwarten, dass ihnen ebenfalls die Ballungszula-
22 ge gewährt wird. Die staatlichen Berliner Hochschulen
23 sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und zugleich
24 staatliche Einrichtungen des Landes Berlin.

25

26 Beschäftigte der Landesunternehmen bleiben außen vor,
27 wenn die Unternehmen die Zulage nicht aus der eigenen
28 Kasse zahlen. Aber aus dem eigenen Budget könnten sie
29 die Zulage nicht finanzieren.

30 Die staatlichen Wissenschaftseinrichtungen befürchten,
31 dass wenn diese Zulage nur im unmittelbaren Landes-
32 dienst gezahlt werde, ihnen die Mitarbeiter weglaufen
33 würden. Dies gelte vor allem für die mittleren und un-
34 teren Einkommensgruppen in der Hochschulverwaltung.
35 Monatlich 150 Euro brutto mehr, das schaffe eine Konkur-
36 renzsituation, der die staatlichen Hochschulen nicht ge-
37 wachsen seien. Es sei unverständlich, warum die Univer-
38 sitäten und Hochschulen vom Senat in dieser Frage aus-
39 gegrenzt werden. „Wir sind genauso öffentlicher Dienst
40 wie die Senats- oder Bezirksbehörden.“ so TU-Präsident
41 Thomsen. Und eine wettbewerbsgerechte Bezahlung an
42 den staatlichen Hochschulen sei „auch angesichts der Be-
43 deutung des Wissenschaftsstandorts Berlin“ notwendig.

44

45 Die Mitarbeitenden der Berliner Hochschulen haben in
46 der Vergangenheit genauso die Tiefen des Landes Berlin
47 mitgemacht und genau wie die Landesbediensteten „mit
48 dem Solidarpakt einen Verzicht geleistet, um die nahe-
49 zu ausweglose haushalts- und finanzpolitische Situation

Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin die für die Landesbediensteten beschlossenen Vorteile und insbesondere die „Ballungsraumzulage“ auch den Mitarbeitenden der Berliner Hochschulen zuerkennt und diese genauso in den Genuss der vom Senat beschlossenen Zulage ab 2020 kommen.

50 nach der Überwindung der Teilung der Stadt und nach
51 dem einhergehenden Wegfall der besonderen Förderung
52 Berlins überwinden zu helfen.“

53

54 Die SPD Berlin hat auf dem Landesparteitag vom 16./17.
55 NOVEMBER 2018 den Beschluss gefasst, die Berlinerinnen
56 und Berliner im öffentlichen Dienst besser zu stellen und
57 daher unter anderem „zum Ausgleich des Wettbewerbs-
58 nachteils werden wir eine monatliche Zulage in Höhe von
59 mindestens 150,- Euro je Vollzeitstelle als Festbetrag für
60 den öffentlichen Dienst des Landes Berlin einführen, die
61 in die Renten- und Pensionsberechnung einfließt“, die so-
62 genannten „Ballungsraumzulage“ beschlossen, die jetzt
63 durch den Senat ging und in 2020 umgesetzt werden soll.
64 Diese wurde auch auf die Beschäftigten in den Landesbe-
65 teiligungen und Eigenbetrieben erstreckt. Es wurden im
66 Bereich Bildung und Wissenschaft die Lehrerinnen und
67 Lehrer und auch die Kita-Mitarbeitenden mitbedacht. Die
68 Mitarbeitenden an den Hochschulen wurden vergessen.
69 Auch diesen Berliner*innen gebührt Anerkennung für ge-
70 leistete Arbeit und solidarischen Verzicht in der Vergan-
71 genheit

72

73 Nach dem Beschluss zur Ballungsraumzulage durch den
74 Senat im Sommer war aber nicht ganz klar, wann und wer
75 genau sie bekommen sollte. Der TU-Präsident Thomsen
76 als Sprecher der LKP erklärte am 2.10.2019 im Tagesspie-
77 gel, dass erst jetzt die staatlichen Hochschulen das Signal
78 erhielten, dass ihre Arbeitnehmer*innen auch keine Ge-
79 haltzulage aus dem Landeshaushalt bekommen.

80

81 Die Präsident*innen und Rektor*innen sowie auch die
82 Hochschulpersonalräte und Gewerkschafter haben sich
83 ebenfalls dafür eingesetzt und werden das auch weiter
84 tun.

85

86 Ganz aktuell hat sich die Vorsitzende der GEW Doreen Sie-
87 bernik mit Schreiben vom 24.10. an Michael Müller ge-
88 wandt. Die GEW wird auf ihrer Landesdelegiertenkonfe-
89 renz am 26./27.11.2019 einen Antrag einbringen.

90

91 Wir als SPD haben das Ganze auf den Weg gebracht und
92 sollten nun auch die Ersten sein, die dieser Bürger*innen-
93 gruppe zu ihrem Recht verhilft. Daher ist Eile geboten und
94 deshalb der Ini-Antrag.